ÖGfE-Schmidt: 53 Prozent der Österreicher für mehr EU-Kompetenzen

Zustimmung zu stärkerer EU-Krisenfeuerwehr quer durch alle Altersgruppen - 43 Prozent für gleichbleibendes, 27 Prozent für höheres EU-Budget - Umfrage

Wien (OTS) - Mehr als die Hälfte der Österreicher würden Kompetenzen an die Europäische Union abgeben, um die Finanz- und Schuldenkrise zu bewältigen. "Die Österreicher erkennen, dass die aktuellen Probleme nur gemeinsam auf EU-Ebene gelöst werden können. Alleine sind diese nicht zu meistern", sagt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Gemäß einer aktuellen Umfrage der ÖGfE sind 53 Prozent der Befragten dafür, der EU mehr Kompetenz zu übertragen, 34 Prozent sind dagegen.

Frauen wollen häufiger Kompetenz an die EU abgeben

Insbesondere die Österreicherinnen unterstützen eine stärkere EU-Krisenfeuerwehr. 57 Prozent sind dafür, 29 Prozent dagegen. Bei den Männern stimmten 49 Prozent für mehr Kompetenzübertragung an die EU und 40 Prozent dagegen. "Bislang waren Frauen bei europapolitischen Themen meist skeptischer. Unsere aktuellen Umfrageergebnisse zeigen hier einen Stimmungswandel", erklärt Schmidt.

Positiver Trend quer durch Altersgruppen

"Auffallend ist auch, dass die Zustimmung zur Kompetenzübertragung altersunabhängig ist", betont Schmidt. "In jeder Altersgruppe überwiegen bei der Frage nach Abgabe von Kompetenzen die Befürworter."

Deutliche Mehrheit gegen Kürzungen des EU-Budgets

43 Prozent wollen weder eine Kürzung noch ein Erhöhung des EU-Budgets, für ein höheres Budget sprechen sich 27 Prozent der Befragten aus, eine Kürzung befürworten insgesamt 15 Prozent der Befragten. "Gerade die jungen Österreicher sind eher bereit, mehr Geld für die EU auszugeben", erklärt Schmidt. 42 Prozent der bis 25-Jährigen und 38 Prozent der 26 bis 35-Jährigen sind für mehr Budget (dagegen sind jeweils 10 Prozent bzw. 12 Prozent). Bei den über 65-Jährigen sind 22 Prozent dafür und 47 Prozent dagegen.

Schmidt: "Die Umfrageergebnisse sollten die österreichische Politik dazu ermutigen, noch stärker als bisher europapolitische

Themen aufzugreifen."

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS. OTS0044 2012-06-30 15:48 301548 JUN 12 GEP0001 0318

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Paul Schmidt Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) Rotenhausgasse 6/8-9 A-1090 Wien

Tel.: (+43-1)533 49 99 Fax: (+43-1)533 49 40

E-Mail: paul.schmidt@oegfe.at

www.oegfe.at

www.oegfe.at/facebook